

Haushaltsrede 2020 der WBB-Fraktion

Gehalten von Gemeinderat Matthias Görner am 30.03.2020

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,

liebes Ratskollegium,

unter der Überschrift „In der Wohlstandsfalle“ veröffentlichte die Weingartener Bürgerbewegung (WBB) im November 2017 in ihrer 33. Frühstückszeitung einen Gesamtüberblick über die damals aktuelle Haushaltsslage und eine Vorausschau auf die Entwicklung der kommenden Jahre. Schon vor über drei Jahren bedurfte es nur der vier Grundrechenarten für die simple Feststellung, dass das Investitionsprogramm und unsere finanzielle Leistungsfähigkeit meilenweit auseinanderklaffen und sich eine Deckungslücke ungeheuren Ausmaßes vor uns auftut.

Wörtlich hieß es in dem Artikel: „Wenn die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen nicht umgehend zu einer verantwortungsvollen und soliden Finanzpolitik zurückfinden werden bis Ende 2019... die Verschuldung des Gemeindehaushalts auf 20 Mio. € sowie die Gesamtverschuldung unserer Gemeinde auf 45 Mio. € steigen.

Gesamtverschuldung steigt 2021 auf rund 45 Millionen Euro

Die gute Nachricht des heutigen Abends lautet: Wir knacken die 45-Millionenmarke erst Mitte nächsten Jahres. Die weniger gute: Dafür steuern wir ungebremst auf sechzig Millionen im Jahr 2022 und 65 Millionen im Folgejahr zu.

Gelang es in den zurückliegenden Jahren noch, durch Streichung oder Verschieben von Maßnahmen den Anstieg der Verschuldungskurve in unserer Finanzplanung flach zu halten, so ist dieser Kunstgriff zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich. Unser Investitionskatalog ist bereits auf ein Minimum zurückgefahren und beschränkt sich im Wesentlichen auf die Fortführung bereits begonnener Bauprojekte sowie auf die Behebung der immer stärker zu Tage tretenden Lücken in der Kinderbetreuung.

Seit Monaten unterscheidet die Finanzverwaltung zwischen „vordringlichen“ und „optionalen“ Vorhaben und erstellt Prioritätenlisten und Maßnahmenkataloge. Dabei ist es unserer Fraktion durchaus bewusst, dass die uns zur Verfügung gestellten Planunterlagen nicht nur innerhalb der regulären Arbeitszeit, sondern darüber hinaus in einer noch nie dagewesenen Vielzahl von Überstunden erstellt wurden. Für diesen kräftezehrenden Einsatz gebührt den Mitarbeitern der Finanz- Bauverwaltung unser besonderer Dank. Auch wenn wir seit Jahren keine Finanzzwischenberichte mehr erhalten.

Kräftige Gebührensteigerung im Wasserbereich –

Drastische Grundsteuererhöhung 2022 kaum vermeidbar

Vor uns liegen nun 575 Seiten eng bedrucktes Papier, und entgegen den üblichen Gepflogenheiten wollen wir dieses Jahr die Eigenbetriebe der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung nicht am Ende der Stellungnahme mit einem lapidaren Halbsatz kommentieren, sondern an den Beginn unserer Haushaltsrede stellen.

Weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit kündigen sich nämlich hier für die kommenden Jahre besondere zusätzliche Belastungen für Mehrpersonenhaushalte, also besonders für Familien mit Kindern an. Konnte die Erhöhung der Wassergebühr (1,74 € auf 2,92 €) zu Jahresbeginn noch durch Senkung der Schmutzwassergebühr (2,02 € auf 1,40 €) für dieses Jahr einigermaßen kompensiert werden, so war die Anpassung dennoch die Ouvertüre zu einem Preissteigerungskonzert, das uns noch lange in den Ohren klingen wird. Nach dem Verzehr der Gewinnvorträge aus den Jahren 2010 bis 2016 wird auch die Abwassergebühr deutlich steigen.

Bei einem durchschnittlichen Wasserverbrauch von 130 Litern pro Person und Tag entspricht die Erhöhung eines Euro pro Kubikmeter Wasser bzw. Abwasser einer jährlichen Mehrbelastung von knapp 50 €. Die im Haushaltsplanentwurf bereits einkalkulierte Grundsteuererhöhung in der Größenordnung von 25 % ab dem Jahr 2022 wird die Wohnnebenkosten sowohl für Eigenheimbesitzer als auch für Mieter wegen der nach wie vor bestehenden Umlagefähigkeit weiter in die Höhe treiben.

Kreditfinanzierung als Katalysator der Vermögensumverteilung

Aufgrund des höheren prozentualen Anteils der oft als „zweiten Miete“ bezeichneten Wohnnebenkosten am Haushaltseinkommen sind somit besonders für Familien mit Kindern weitere Einschnitte und Härten vorprogrammiert. Dabei wirkt die ausschließliche Kreditfinanzierung der Investitionen unserer Eigenbetriebe als Katalysator bei der Vermögensumverteilung von unten nach oben. So darf sich zum Beispiel die Bayerische Landesbank München an satten 3,539 % Zinsen für ein bis 2039 laufendes Darlehen über 3,38 Mio. € erfreuen, auch die 1,65 % für einen Kredit in Höhe von anfangs 2,6 Mio. € mit einer Laufzeit bis 2048 sind für die Landesbank Baden-Württemberg im derzeitigen Umfeld bei null Ausfallrisiko gut angelegtes Geld.

Während sich also unsere Gemeinde einerseits als familienfreundlich präsentiert bewirkt bei genauerer Betrachtung ihr Finanzgebaren das genaue Gegenteil. Ebenfalls paradox erscheint es, dass genau die Wortführer einer nachhaltigen Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit die wenigsten Vorbehalte gegen die in den kommenden Jahren anstehenden Darlehensaufnahmen äußern.

Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit

Die Finanzierung unserer Ausgaben in der geplanten Größenordnung stellt einen elementaren Verstoß gegen den Grundsatz der Generationengerechtigkeit dar, und es wäre zu hinterfragen, ob wir mehr durch die Autos, die wir fahren oder vielmehr durch unsere verantwortungslose Finanzpolitik die Zukunft von Greta & Co. stehlen. Mehr und mehr erliegen wir der Verlockung des billigen Geldes und blenden völlig aus, dass Kredite nicht nur bedient, sondern auch getilgt werden müssen. Um allein die bis zum

Jahr 2023 geplanten Darlehen in der Größenordnung von 30 Mio. € in unserem Kernhaushalt zurückzuzahlen, müssten statistisch gesehen sämtliche Haushalte Weingartens über ein Jahr lang jeden ersparten Euro an die Gemeindekasse überweisen.

Teufelskreis Grundstücksverkauf & Flächenverbrauch

Mit Sorge erfüllt uns außerdem, dass parallel zur Neuverschuldung der schon seit über zwanzig Jahren an dieser Stelle thematisierte Teufelskreis aus kommunaler Finanznot, Grundstücksverkäufen, Flächenverbrauch und der daraus resultierenden Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen in Daseinsfürsorge, Infrastruktur und besonders Einrichtungen für die Kinderbetreuung von Neuem beginnt.

Die gemeindeeigenen Grundstücke im Lärchenweg und Eichenweg stehen bereits für dieses Jahr auf der Verkaufsliste, keiner weiß, ob bis zum Jahresende in einem kollabierenden Marktumfeld diese Veräußerungserlöse realisiert werden können. Ab 2021 soll dann laut Planung das frühere TSV-Gelände am Buchenweg dazukommen. Die Gesamteinnahmen in der Größenordnung von weit über 5 Mio. € sind bereits fester Bestandteil unserer Finanzplanung.

An dieser Stelle weisen wir wiederholt auf einen möglichen Zielkonflikt zwischen der Tierhaltung beim Reiterverein und einer beabsichtigten Wohnbebauung auf dem TSV-Gelände hin. Hier wäre bereits vorab zu prüfen, ob die Mindestabstände zwischen den bestehenden Stallgebäuden und den zukünftigen Wohnungen ausreichen, um die langfristige Entwicklungsperspektive des Reit-, Fahr- und Zuchtvereins nicht zu gefährden.

Wo bleibt der Konsolidierungswille?

Auch wenn die zurückliegenden zehn Jahre mit den kaum vorhersehbaren Aufgabenstellungen durch die Flüchtlingskrise, die komplexe Sanierung der Jöhlinger- und der Burgstraße, den Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte, durch die ständige Ausweitung des kommunalen Aufgabenspektrums und durch den Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung keine einfache Zeit für Sie waren, so sehen wir doch Sie, Herr Bürgermeister Bänziger, in der Gesamtverantwortung für ein Finanzdesaster, das unsere Gemeinde in dieser Größenordnung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland so noch nicht erlebt hat.

Wie konnte es geschehen, dass Sie als erfahrener Kämmerer noch vor acht Jahren an dieser Stelle den Gemeinderat über Konsolidierungskonzepte und das strukturelle Defizit unserer Kommune belehrten und binnen kürzester Zeit jeden Instinkt für das Machbare verlieren?

Wie kann es sein, dass selbst bei kompletter Streichung einer Vielzahl von Ihnen forcierter Vorhaben - als Beispiel genannt seien hier nur das geplante Ärztehaus in der Bahnhofstraße oder die durch sämtliche Quartiere unseres Ortes vagabundierende Nahwärmeversorgung genannt - eine dermaßen gravierende Finanzierungslücke besteht?

Und wie kann es sein, dass Sie, obwohl sich die Schieflage unseres Haushalts seit vielen Jahren abzeichnet, bis heute nicht die nötigen deutlichen Worte gefunden

haben, um die Bürgerinnen und Bürger Weingartens über das wahre Ausmaß des kommunalen Defizits aufzuklären?

Gelegenheit hierzu gab es reichlich, sei es beim diesjährigen Neujahrsempfang oder bei der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr, bei der Sie es bei der vagen Formulierung „unser Haushalt ist etwas aus den Fugen geraten“ beließen.

Politischer Wille gefordert – Corona-Pandemie verändert gesamte Finanzbasis

Nein, Herr Bürgermeister Bänziger, unser kommunaler Haushalt ist kein selbständiges Wesen, das „aus den Fugen“ geraten kann, er unterliegt unserer Kontrolle, unserem politischen Willen und unserer Verantwortung! Somit ist jedes Mitglied in diesem Gremium - die neu gewählten Gemeinderäte selbstverständlich ausgenommen - in unterschiedlichem Maß verantwortlich für eine Entwicklung, die nun in einem finanzpolitischen Offenbarungseid kulminiert.

Auch ohne die bislang völlig unabsehbaren Folgen der Corona-Pandemie für unsere Wirtschaft, unser Finanzsystem, unsere Verwaltung und Art des künftigen Zusammenlebens hätte es auch schon vor Beginn der katastrophalen Nachrichten aus aller Welt kein „Weiter so“ geben können. Wir waren bereits gegen Ende des vergangenen Jahres an einem Wendepunkt angelangt. Jetzt bleibt nur noch zu hoffen, dass nicht auf jeder politischen Ebene die Auswirkungen der bislang fundamentalsten Krise seit Ende des zweiten Weltkriegs zum Kaschieren politischer und administrativer Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte missbraucht werden.

Die Aufräumarbeiten nach den gegenwärtigen wirtschaftlichen Erschütterungen werden uns ohnehin noch lange Zeit beschäftigen und in Abhängigkeit von den Zugeständnissen durch die Landesregierung werden im Verwaltungsausschuss zahlreiche Härtefallregelungen, Gebührenermäßigungen und Stundungen gerade im Bereich der Kinderbetreuung diskutiert werden müssen.

Die Erwartungen der WBB an den Bürgermeister und Gemeinderat

Die im Haushaltsplan für das Jahr 2020 vollzogene Bündelung unserer Kräfte auf bereits begonnene und nicht mehr verschiebbare Maßnahmen ist ein erster richtiger Schritt zu einer verspäteten und kaum mehr zu bewältigenden Haushaltskonsolidierung. Daher stimmen wir trotz unserer deutlichen Worte dem Haushaltsplan für die Gemeinde und ihre Eigenbetriebe zu, verbinden aber gleichzeitig unser positives Votum mit folgenden Erwartungen an Sie, Herr Bürgermeister Bänziger und an alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Gremium:

1. Bekenntnis zur Finanzsituation

Übernehmen Sie Verantwortung und finden Sie klare und offene Worte für die finanzielle Situation Weingartens.

Hören Sie auf, auf andere Gemeinden zu verweisen, denen es genauso schlecht geht. Wenn Sie in eine Polizeikontrolle geraten hilft es Ihnen auch nicht zu sagen, dass die anderen noch schneller gefahren sind, Sie zahlen ihren Bußgeldbescheid trotzdem.

Die nächste Kontrolle in Form der Gemeindeprüfungsanstalt steht unmittelbar nächstes Jahr bevor!

2. Rückkehr zu einer Politik des Machbaren

Wecken Sie keine Erwartungen und bereiten Sie die Einwohner Weingartens auf eine Rückkehr zu einer Politik des Machbaren vor.

Beenden Sie die bislang praktizierte Arbeitsteilung, dass der Bürgermeister Leistungen verspricht und der Gemeinderat für die unangenehmen Aufgaben wie z.B. Ablehnung von Anfragen, Wünschen und Förderanträgen zuständig ist.

3. Solidarisches Konzept der künftigen Belastungen

Entwerfen Sie in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung und dem Gemeinderat ein solidarisches Konzept zu einer gerechten Verteilung der unvermeidbaren Belastungen auf alle Einwohner Weingartens.

4. Geordnete Verhältnisse bei einer Amtsübergabe

Bedenken Sie, dass Sie nach eigenem Bekunden nur noch weitere sechs Jahre Bürgermeister in Weingarten sein werden. Machen Sie es sich zum obersten Ziel, Ihrem Nachfolger wohl geordnete Verhältnisse übergeben zu können.

Projizieren Sie den zeitlichen Aufwand abgeschlossener Projekte in die Zukunft und Sie werden erstaunt sein, wie wenige Aufgaben sich innerhalb eines verbleibenden halben Jahrzehnts planen, verwirklichen und finanzieren lassen.

5. Respektvoller Umgang mit Steuergeldern

Treffen wir gemeinsam alle zukünftigen Entscheidungen mit dem nötigen Respekt gegenüber den Steuergeldern und Gebühren der Einwohner Weingartens.

Wer die Arbeitswelt kennt weiß, unter welcher teilweise harten Bedingungen dieses Geld erwirtschaftet wurde. Behandeln wir jeden Euro von jetzt an so, als ob es unser eigener wäre, und wir würden vielleicht damit aufhören, nichtinvestive Maßnahmenkataloge zu beklatschen.

6. Kritischer Blick auf Förderprogramme

Entwickeln wir gemeinsam eine gesunde Skepsis gegenüber Förderprogrammen. Sie sind die Lockangebote im Supermarkt der öffentlichen Leistungen und vernebeln unseren Blick für den tatsächlichen Aufwand und die Folgekosten einer Vielzahl von Projekten.

7. Einklang von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit

Befreien wir uns von Ideologie und konzentrieren wir uns auf die elementaren Aufgaben einer Gemeinde:

Die Aufrechterhaltung gesicherter und geordneter Lebensverhältnisse und die Instandhaltung einer funktionsfähigen, aber keinesfalls allzu üppigen Infrastruktur.

Zweifel an Finanzierbarkeit der mehrstufigen Schulkonzeption

Unter diesem Blickwinkel hat auch die WBB selbst ihre eigenen Zielsetzungen überprüft und als erste Fraktion in öffentlicher Sitzung Zweifel an der Finanzierbarkeit der Schulerweiterung in der bisher geplanten Form und Größenordnung geäußert. Mehrstufige Konzepte bergen zu oft das Risiko, auf halber Strecke stecken zu bleiben – in dem im Zuge der Freibadverlagerung geplanten Außenbecken wird wohl kein Weingartener je seine Bahnen ziehen. Es ist für uns eine Frage des politischen Anstands, keine unerfüllbaren Erwartungen zu wecken und den Schulausbau bereits jetzt in der Planungsphase auf eine finanziell halbwegs machbare Größenordnung zu begrenzen.

Nach Corona: Abkehr von Symbolpolitik

Angesichts der derzeit völlig unabsehbaren Haushaltsrisiken dürfte sich mancher Antrag der letzten Monate von selbst erledigt haben.

Ob uns die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Teilnahme am Wettbewerb um einen „European Energy Award“ in der jetzigen Situation tatsächlich weiterhilft dürfte ebenso fraglich sein wie die Absicht der GLW, sämtliche kommunalen Entscheidungen auf ihre Klimarelevanz überprüfen zu lassen.

Die WBB sieht die Mitarbeiter der Verwaltung mit ihrem bisherigen Aufgabenspektrum bereits hinreichend ausgelastet und möchte keine weitere Ausdehnung einer Symbolpolitik, die von den wirklichen Defiziten und Versäumnissen nur ablenkt. Was nützt es uns, wenn wir uns einen European Energy Award ans Revers heften können und sich gleichzeitig die gepflasterten Straßen in der Ortsmitte auflösen und eine permanente Gefahr für den Fahrradverkehr darstellen?

Kreisellösung B3/Jöhlinger Straße fragwürdig

Ebenfalls skeptisch sieht die WBB die Bemühungen der CDU-Fraktion um einen Minikreisverkehr am Rathaus.

War es bisher bei sämtlichen Beratungen um die Ausgestaltung der Jöhlinger Straße Konsens, die Durchlässigkeit der Straße nicht zu erhöhen, sondern lediglich durch Geschwindigkeitsbegrenzung und sinnvolle Aufteilung des Straßenraums eine Beruhigung herbeizuführen soll nun ein über Jahrzehnte bewährtes Sicherheitsventil geöffnet werden, um die „Anlieger von Feinstaub zu entlasten“.

Kampf gegen flächendeckende Vermüllung

Vielleicht wäre es für unsere Gemeinde insgesamt sinnvoller, sich anstelle mikrofeiner Partikel mehr um den Grobschmutz zu kümmern, der in zunehmenden Maß nicht nur die Böschungen unserer Straßen, sondern flächendeckend unsere Gemarkung mitsamt ihren Ackerflächen und Waldränder kontaminiert.

Die WBB-Fraktion hält die Belastung unserer Böden durch Fremdstoffeintrag für ein gravierendes, reales und zugleich direkt beeinflussbares Umweltproblem und hat kein Verständnis mehr für die Passivität einer Verwaltung, die sich gleichzeitig der Selbstdarstellung und einer Fülle irrelevanter Kleinigkeiten hingibt. Es gibt funktionierende Rezepte gegen die flächendeckende Vermüllung, man braucht sie nur von Tourismusgemeinden im Schwarzwald oder Allgäu zu übernehmen. Gerade in

einer Zeit, in der die Menschen in ihrem Bewegungsradius eingeschränkt sind, kommt der Funktion unserer Gemarkung als Naherholungsraum eine zunehmende Bedeutung zu.

Verkehrskonzept: Rückgrat, Entschlossenheit und klarer politischer Wille

Wenig bis gar keine Fortschritte gab es auch im zurückliegenden Jahr beim Thema „Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer“. Bis dato wurden die Ergebnisse der im vergangenen Jahr durchgeführten Verkehrsstudie noch nicht einmal der Öffentlichkeit vorgestellt.

Während die Novelle der StVO ganz klar den Kurs vorgibt und die Bußgelder für Parken auf Radwegen und Behinderung von Fußgängern deutlich erhöht, hat man hierzulande die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt. Ob die Ausweisung von Einbahnstraßen den Infarkt unserer Ortsstraßen tatsächlich lindert oder nur den Verkehrsraum der Fußgänger noch weiter reduziert und obendrein noch den Ziel- und Quellverkehr erhöht, ist mehr als fraglich.

Tatsache ist jedoch, dass für die WBB soziale Gerechtigkeit nicht nur bei Kindergartengebühren oder Eintrittspreisen für das Freibad, sondern auch im öffentlichen Verkehrsraum unser gemeinsames Ziel sein sollte und nicht länger überdimensionierte Karossen ältere Menschen mit Rollator oder Familien mit Kindern auf die Fahrbahn zwingen.

Um die gegenwärtige Misere zu beenden braucht man kein Geld, keine aufwendigen Untersuchungen und keine hochbezahlten Städteplaner, sondern vor allem Rückgrat, einen klaren politischen Willen und die Entschlossenheit, bestehenden Gesetzen Geltung zu verschaffen.

Unser Fazit:

Die WBB betont die gemeinsame Verantwortung von Verwaltung und Gemeinderat für eine finanzielle Zwangslage, die sich schon seit über zwei Jahren ankündigt und für die nicht erst die gegenwärtige Ausnahmesituation Ursache ist.

Sie stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan für das Jahr 2020 zu und erwartet gleichzeitig baldige und konkrete Maßnahmen für eine faire und ausgewogene Verteilung der uns allen zweifellos bevorstehenden Lasten und Aufgaben.

Hier steht insbesondere der Grundsatz „Gebühren vor Steuern“ im Vordergrund, so dass nicht länger die Allgemeinheit, sondern verstärkt die Nutzer einer öffentlichen Einrichtung deren Kosten tragen.

Die WBB betont außerdem die dringende Notwendigkeit einer fristgerechten Erstellung von Jahresrechnungen, Rechenschaftsberichten und Haushaltszwischenberichten zur Verbesserung des Kostenbewusstseins im Gemeinderat selbst und zur Erhöhung der Transparenz gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, die pünktlich ihre Steuern, Abgaben, Gebühren und Beiträge bezahlen.

Abschließend dankt die Fraktion der WBB allen, die auf beruflicher, freiwilliger oder ehrenamtlicher Grundlage das Rad unserer Gemeinde am Laufen halten und hofft, dass die größte soziale und wirtschaftliche Krise seit über siebenzig Jahren unseren gemeinsamen Blick auf das Wesentliche schärft und uns allen den unendlich hohen Wert eines zuverlässig funktionierenden Gemeinwesens vor Augen führt.

Zivilisation ist kein Selbstläufer, sondern ein fragiles Gebilde, um dessen Erhalt wir Tag für Tag und in Zukunft wohl mehr als in der Vergangenheit kämpfen müssen.